

(Langfassung)

Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt

5 *Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth,
Jürgen Trittin, Barbara Unmüßig*

1. Grüne Wirtschaftspolitik ist mehr

10

Markt und Wettbewerb, Wachstum und wirtschaftliche Effizienz sind für Grüne weder Selbstzweck noch Dogma. Eingebettet in einen sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen können funktionierende Märkte ein effizientes Mittel sein, grüne Ziele zu erreichen. Sich selbst überlassen sind die Marktkräfte jedoch oft eine Triebfeder für Umweltzerstörung, Ausbeutung und Ressourcenverschwendung. Die drängenden Probleme unserer Zeit - vom Klimawandel über die Massenarbeitslosigkeit bis hin zur globalen Armut - sind auch Ergebnis von Marktversagen. Grüne Marktwirtschaft braucht deshalb einen nationalen und internationalen Rahmen, der den am Markt tätigen Unternehmen Grenzen zieht, Wettbewerb durchsetzt und für sozialen Ausgleich sorgt.

15
20

Grüne Wirtschaftspolitik ist mehr als grün buchstabierte Unternehmens- und Mittelstands-, Wettbewerbs- und Arbeitsmarktpolitik. Sie ist integraler Bestandteil eines ganzheitlichen Politikentwurfes, der den Zielen ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe und internationaler Solidarität verpflichtet ist. Der Erfolg grüner Wirtschaftspolitik misst sich maßgeblich daran, inwieweit sie diesen Zielen gerecht wird.

25
30

Grüne Wirtschaftspolitik stellt Mensch und Natur in den Mittelpunkt. Ihr Ziel ist nicht die Veränderung abstrakter volkswirtschaftlicher Messgrößen wie BIP-Wachstumsraten, sondern der Erhalt unserer Lebensgrundlagen und die Verbesserung der Lebensbedingungen

35

40 aller Menschen. Grüne schauen hinter die Statistiken: Ob
Wirtschaftswachstum auf Erneuerbaren Energien oder auf Atomkraft
beruht, ob der Export von Werkzeugmaschinen boomt oder der von
Rüstungsgütern, ob sozialversicherte Jobs entstehen oder prekäre
Beschäftigung macht für Grüne einen wesentlichen Unterschied.

2. Grün wird der Markt nicht von allein

45 Die globale Erwärmung ist - in den Worten des Ökonomen Sir
Nicholas Stern - das größte Marktversagen, das die Welt je gesehen
hat. Der Stern-Report der britischen Regierung und der jüngste
Klimabericht des IPCC haben eine grüne Erkenntnis bis weit in die
Mitte unserer Gesellschaft getragen: Gegen die Umwelt lässt sich auf
50 Dauer kein Gewinn erzielen. Unsere Wirtschaft steht vor einem
Scheideweg. Entweder die Marktwirtschaft wird grün oder sie hat
keine Zukunft. Wenn wir unseren Planeten auch für zukünftige
Generationen lebenswert erhalten wollen, müssen wir unsere
Lebensstile und unsere Wirtschaftsweise grundlegend ändern. Dazu
55 gehört ein neues Verständnis von Wohlstand, das nicht blind auf
quantitative Zuwächse sondern verstärkt auf qualitatives Wachstum
setzt.

60 Die notwendige ökologische Modernisierung stellt Wirtschaft und
Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Grüne
Wirtschaftspolitik hat aber von Anfang an auch die großen Chancen
erkannt, die sich aus dem ökologischen Umbau unserer
Industriegesellschaft ergeben - Chancen für wirtschaftliche
Innovation, nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige
65 Arbeitsplätze. Grüne Marktwirtschaft kann enorme Effizienzreserven
für den ökologischen Fortschritt mobilisieren. Schon heute werden
mit grünen Ideen schwarze Zahlen geschrieben. In den Bereichen der
Erneuerbaren Energien, der Umwelttechnik und der Bio-
Landwirtschaft wurden in den letzten Jahren Hunderttausende neuer
70 Arbeitsplätze geschaffen. Und das war erst der Anfang des grünen
Wirtschaftswunders. Inzwischen begreifen selbst Wirtschaftsberater
wie Roland Berger die Umwelttechnologien als Leitbranche, die für

das wirtschaftliche Wohl unseres Landes bald wichtiger sein wird als die Automobilindustrie.

75

Die Ökologisierung der Wirtschaft kommt aber nicht von allein. Ökologischer Fortschritt musste von der Politik immer schon gegen den kurzsichtigen Widerstand mächtiger Wirtschaftsinteressen durchgesetzt werden. Das war so beim Katalysator und beim Atomausstieg. Das ist auch heute nicht anders, allen rhetorischen Bekenntnissen der Wirtschaft zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz zum Trotz. Der aktuelle Streit um strengere CO₂-Ausstoßgrenzen für Pkw hat das in aller Deutlichkeit gezeigt. Statt ehrgeizige Verbrauchswerte als Ansporn zur Entwicklung sparsamer Autos für den Weltmarkt zu begreifen, kämpfen DaimlerChrysler, Volkswagen und BMW verbissen gegen Verbrauchsobergrenzen, deren Einhaltung sie zuvor selbst zugesagt hatten. Nicht nur in diesem Fall haben sich freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie, die keine Sanktionen für den Fall des Scheiterns enthalten, als leere Versprechungen erwiesen.

Marktversagen ist nicht mit freiwilligen Selbstverpflichtungen beizukommen. An die Stelle unverbindlicher *gentlemen's agreements* müssen daher wieder verstärkt ordnungsrechtliche Vorgaben treten. Nur so kann die kurzsichtige Marktlogik, die in der Regel schnellen Profit über nachhaltiges Wirtschaften setzt, gebrochen werden. Das wird auch von verantwortungsbewussten Unternehmen anerkannt, wie das Beispiel der Partnership for Climate Action zeigt. Dieses Klimaschutzbündnis großer amerikanischer Unternehmen hat Präsident Bush erst jüngst wieder aufgefordert, der amerikanischen Wirtschaft ehrgeizige Klimaschutzziele und strengere CO₂-Grenzwerte zu verordnen.

Um Klimaschutz und ökologische Modernisierung voranzutreiben, setzt grüne Wirtschaftspolitik auf eine Palette unterschiedlicher Instrumente: Ökologische Grenzen respektieren heißt Knappheit schaffen und den Umweltverbrauch zurückfahren. So wollen wir die erforderliche Effizienzrevolution unserer Wirtschaft durch ehrgeizige

und degressive Grenzwerte für den Energieverbrauch von Autos und Elektrogeräten antreiben. Ein Klimaschutzfonds, der sich aus Erlösen der Versteigerung von Emissionszertifikaten speist, soll Investitionen in Energieeffizienz verstärken. Den grünen Erfolg bei der Förderung von Sonnen-, Wind- und Wasserstrom wollen wir ausbauen und durch ein Wärmegesetz für Erneuerbare Energien auf den Bereich der Wärmebereitstellung übertragen. Gleichzeitig gilt es, Kraft-Wärme-Koppelung stärker zu begünstigen. Ein neu zu schaffendes Biogaseinspeisegesetz muss kostendeckende Vergütungen für die Einspeisung von Biogas in das Gasnetz gewähren. Durch den Ausbau der Solarenergie, strengere Vorgaben für die Wärmedämmung und eine Ausweitung des Gebäudesanierungsprogramms sorgen wir dafür, dass das Handwerk einen grünen Boden hat.

3. Nur soziale Marktwirtschaft ist grün

Die soziale Marktwirtschaft steckt in einer tiefen Vertrauenskrise. Laut Allensbach ist nur noch ein Viertel der Deutschen überzeugt, in einer sozialen Wirtschaftsordnung zu leben. 62 Prozent meinen, dass unsere Marktwirtschaft ihre soziale Ausrichtung längst aufgegeben habe. Angesichts von Massenentlastungen bei Unternehmen, die Rekordgewinne verbuchen, und explodierender Vorstandsgehälter in Unternehmen, die Stellen abbauen, verwundert das nicht. Eine Steuerpolitik, bei der die Masse der Steuerpflichtigen etwa über die Mehrwertsteuer Milliardenentlastungen für Unternehmen und Spitzenverdiener bezahlt, verschärft die soziale Malaise. Und die Mängel der Arbeitsmarktreformen bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit haben bis tief in die Mittelschicht Abstiegsängste ausgelöst. Diese Angst und Unzufriedenheit droht die Zustimmung zu unserer Demokratie und zur europäischen Einigung zu untergraben. Auch deshalb muss grüne Wirtschaftspolitik soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit neu in den Mittelpunkt rücken. Dem Chor von ArbeitgeberInnen, Politik und Medien, der trotz Wirtschaftswachstum und steigender Unternehmensgewinne immer neue Einschnitte ins soziale Netz für unvermeidbar erklärt, schließen wir uns nicht an.

145

Grüne Marktwirtschaft ist immer auch soziale Marktwirtschaft. Mit Massenerbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich findet sich grüne Wirtschaftspolitik nicht ab. Sie geht von dem Grundsatz aus, dass in einer gerechten Gesellschaft wirtschaftlicher Fortschritt allen zugute kommen muss und nicht nur einigen wenigen. Deshalb gehört zum Kern grüner Marktwirtschaft neben Zugangschancen zu Arbeit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe auch die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands – und zwar für beide Geschlechter!

150
155 Die Entwicklung der letzten Jahre, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Gewinnwachstum der Unternehmen immer weniger profitieren, wollen wir ändern.

Ein vorrangiges Ziel grüner Wirtschaftspolitik muss es sein, endlich Existenz sichernde Mindestlöhne durchzusetzen. Immer mehr Menschen können nicht mehr von ihrer Arbeit leben. Innerhalb des Niedriglohnssektors verschärfen sich die Probleme, weil auch die niedrigsten Tariflohngruppen zunehmend ins Rutschen geraten. Eine Million Menschen bezieht Arbeitslosengeld II trotz Berufstätigkeit, darunter 570.000 regulär sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld hätten nach einer aktuellen Studie der Böckler-Stiftung sogar 1,9 Millionen Beschäftigte. Diese Fakten zeigen: Tarifverträge und Arbeitsrecht bieten schon lange keinen wirksamen Schutz mehr gegen Lohndumping. Angesichts der dramatischen beschleunigten Ausbreitung von Armutslöhnen setzen wir uns für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn nach britischem Vorbild ein. Branchen- und regionalspezifische Differenzierungen können nur oberhalb einer solchen Mindestabsicherung erfolgen. Umfangreiche staatliche Lohnsubventionen durch Kombilohn-Modelle lehnen wir hingegen ab. Denn es ist und bleibt Verantwortung der Unternehmen, ihren Arbeitnehmern einen Existenz sichernden Lohn zu zahlen.

160
165
170
175

Weitere wichtige Gerechtigkeitsprojekte haben wir Grüne bereits vor der Bundestagswahl benannt: Eine solidarische Bürgerversicherung,

180

die unsere sozialen Sicherung auf eine breitere Grundlage stellt. Ein gerechteres Steuersystem mit einem Spitzensteuersatz von 45% auf private Einkünfte. Und eine stärkere steuerliche Heranziehung großer Vermögen und Erbschaften.

185

Mehr Gerechtigkeit ist auch Hintergrund unserer Debatte um Grundsicherung und Grundeinkommen. Dabei geht es um das soziale Bürgerrecht, auch in einer Situation der materiellen Abhängigkeit selbstbestimmt und angstfrei leben zu können. Ziel muss eine Leistung sein, die Arbeitslose entsprechend ihrer Motivation und Fähigkeiten fördert und das sozio-kulturelle Existenzminimum oberhalb des bisherigen Niveaus zuverlässig sicherstellt. Vorschläge für ein Grundeinkommen von 600 €, wie sie zum Beispiel aus dem Hamburger Weltwirtschaftsinstitut kommen, sind hingegen eine soziale Provokation. Im Vergleich zu Grundeinkommens-Modellen wie diesem, die auf eine Absenkung des Leistungsniveaus und einen Kombilohn für Besserverdienende hinauslaufen, halten wir eine bedarfsorientierte Grundsicherung immer noch für die sicherere und menschenwürdigere Existenzsicherung.

190

195

200

Das Problem der Arbeitslosigkeit hat noch keine Marktwirtschaft dauerhaft zu lösen vermocht. Deshalb ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik unverzichtbar. Sie muss begleitet werden durch eine gerechtere Verteilung der Arbeit und Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Bildung. Qualifizierung ist der Schlüssel für zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Wissensgesellschaft. Mit gut ausgebildeten Beschäftigten hat Deutschland jede Chance, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Deshalb ist es fatal, die Standortdebatte auf Lohnstückkosten oder Sozialabgaben zu verengen.

205

210

4. Global gerecht handeln

Weder protektionistische Abschottung noch Freihandelsideologie können als Richtschnur für eine gerechte Entwicklung der Weltwirtschaft dienen. Offene Märkte können zur Überwindung von

215

Hunger und Elend beitragen – aber nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Fallen Handelsschranken bevor ein zuverlässiger Ordnungsrahmen geschaffen wurde, dann setzt sich das
220 Recht des Stärkeren durch und die Schwächsten geraten unter die Räder. Dass in den 80er Jahren in vielen Ländern der Sahelzone trotz äußerst kritischer Ernährungslage überwiegend Viehfutter für Europa angebaut wurde, ist ein Beispiel dafür. Die arme Bevölkerungsmehrheit in Mali konnte mit ihrer schwachen Kaufkraft
225 nicht mit den europäischen Mästern konkurrieren. Und für die deutschen und französischen Landwirte war es billiger, Viehfutter aus Afrika zu beziehen als es selber anzubauen. Unsere Schweine fraßen das Brot der Armen. Der subventionierte Maisanbau in den USA hat nach dem NAFTA-Beitritt die Produktion dieses
230 Grundbahrungsmittels in Mexiko unrentabel gemacht. Die Öffnung des südafrikanischen Marktes für hoch subventionierte Agrargüter aus der EU hat die dortige Konservenindustrie in den Bankrott getrieben.

235 Grüne Wirtschaftspolitik setzt sich dafür ein, dass die Industrienationen rein protektionistische Handelsschranken abschaffen und zugleich die Einfuhr von Rohstoffen und Industriegütern an die Einhaltung von Menschenrechten sowie ökologischen und sozialen Mindeststandards knüpfen. Die Einfuhr
240 von Futtermitteln und Energiepflanzen aus Ländern des Südens darf dort nicht die Ernährungssicherheit gefährden oder zum Verlust der biologischen Vielfalt führen. Den Entwicklungsländern ist das Recht zuzugestehen, die eigene Landwirtschaft mit einem ausreichenden Außenschutz vor der Zerstörung durch Dumping-Einfuhren zu
245 bewahren oder die sich noch im Aufbau befindende Industrie vor übermächtiger Konkurrenz zu schützen. Marktradikale Patentrezepte, wie sie von der WTO und den internationalen Finanzinstitutionen zum Teil immer noch vertreten werden, haben hingegen in vielen Entwicklungsländern zu katastrophalen Ergebnissen geführt und das
250 Elend der Armen vergrößert.

Der Globalisierung der Märkte wollen wir ökologische und soziale

Leitplanken geben. Das größte Problem der Globalisierung ist das Fehlen eines Ordnungsrahmens, der für die Einhaltung der Menschenrechte, sozialen Ausgleich, Geschlechtergerechtigkeit und den Erhalt der natürlichen Ressourcen sorgt. Bisher sind nur der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die WTO mit effektiven Sanktionsmechanismen ausgestattet. Institutionen, die für die ökologische und soziale Dimension der Globalisierung sorgen sollen, sind demgegenüber schwach und können nur Resolutionen produzieren. Deshalb wollen wir den Weltwirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen aufwerten und eine starke und eigenständige internationale Umweltorganisation schaffen.

Die wirtschaftliche Globalisierung hat weltweite Marktöffnung befördert und Staaten in Wettbewerbsstaaten verwandelt, die um Investitionen und Arbeitsplätze konkurrieren. Dies beeinflusst die Machtbalance zwischen mobilem Kapital und der staatlichen Rahmensetzung erheblich. Ohne Ordnungsrahmen droht die internationale Standortkonkurrenz zu einem endlosen Dumping-Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, Sozialleistungen und Umweltschutzauflagen zu werden. Um dieser Entwicklung einen Riegel vorzuschieben, wollen wir in Europa, in der WTO und im System der Vereinten Nationen verbindliche soziale und ökologische Standards für Investitionen und Handel durchsetzen. Die notwendige Harmonisierung des europäischen Steuerrechts wollen wir energisch vorantreiben. Eine Angleichung der Bemessungsvorschriften für die Unternehmenssteuer und eine Annäherung der Unternehmenssteuern ist dafür ein wichtiger Schritt. Standortwettbewerb sollte Innovationsfähigkeit, Produktivität und Verbraucherfreundlichkeit zum Gegenstand haben - nicht staatliche Großzügigkeit bei der Gewährung von Subventionen und Steuernachlässen.

Gerade auf den internationalen Finanzmärkten besteht die Gefahr, dass die unsichtbare Hand des Marktes Chaos schafft. Wir brauchen eine sichtbare Hand, die Märkte leitet und verhindert, dass sie entgleisen. Um den schädlichen Folgen von internationalen Finanzspekulationen zu begegnen, setzen wir auf eine europäische

290 Devisenumsatzsteuer und eine effektive Regulierung von Hedge
Fonds. Entwicklungsländer wollen wir dabei unterstützen,
kurzfristige Kapitalzuflüsse und Kapitalabflüsse zu begrenzen, die
die Stabilität des einheimischen Finanzsystems bedrohen.

295 Angesichts von 854 Millionen Hungernden und von 2 Milliarden
Menschen, die von weniger als einem Euro am Tag leben müssen,
sind die Millenniumsziele der Vereinten Nationen Fixpunkt grüner
Weltwirtschafts- und Entwicklungspolitik. Um sie zu erreichen,
wollen wir den Ländern des Südens qualifizierten Marktzugang
gewähren, den ärmsten Ländern die Schulden erlassen und der
300 Stimme der Entwicklungsländer in Weltbank, Währungsfonds und
UN mehr Gewicht verleihen. Grüne Wirtschaftspolitik steht zu dem
Versprechen, die Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
bis 2015 schrittweise auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts zu
erhöhen. Dazu wollen wir auch innovative Finanzierungsinstrumente
305 nutzen, wie eine Devisenumsatzsteuer, eine Flugticketabgabe oder
eine Kerosinsteuer.

5. Nicht alles ist eine Ware

310 Es gibt Aufgaben, die zu wichtig sind, um sie der Fürsorge
gewinnorientierter Unternehmen zu überlassen: Bildung und Kultur,
das Gesundheitswesen, innere Sicherheit und Daseinsfürsorge sind
öffentliche Güter, für deren Bereitstellung der Staat Verantwortung
übernehmen muss. Das gilt auch für die globalen öffentlichen Güter
315 wie die Weltmeere, die Atmosphäre und die biologische Vielfalt. Sie
brauchen Schutz vor Zerstörung durch wirtschaftliche
Interessensgruppen, damit diese Güter allen Menschen zugute
kommen.

320 Wesentliche Bereiche des vormals öffentlichen Sektors wurden in
den letzten Jahren nicht nur modernisiert, sondern privatisiert –
Luftverkehr, Post und Schienenverkehr genauso wie Kliniken,
Kulturbetriebe und Sportstätten. Vielfach trat an die Stelle eines
staatlichen Monopols nicht Wettbewerb, sondern private Oligopole.

325 In den Vereinigten Staaten werden zunehmend sogar Kernaufgaben
des Staates wie die Landesverteidigung oder die Erstellung des
Bundeshaushalts an Private übertragen. Die Ergebnisse sind alles
andere als ermutigend: mehr Kosten für die SteuerzahlerInnen und
weniger öffentliche Rechenschaft und Kontrolle.

330

Die Chancen, die Privatisierung bieten kann, hat die Entwicklung des
deutschen Telekommunikationsmarktes deutlich gezeigt. Es fehlt
aber auch nicht an Negativbeispielen, wie die Privatisierung der
britischen Bahn, der kalifornischen Stromversorgung oder der
335 Potsdamer Abwasserbetriebe. Auf jeden Fall braucht Privatisierung,
einen effektiven Ordnungsrahmen – und damit oft mehr Regulierung
als die staatliche Aufgabenerfüllung. Eine Politik nach dem Motto
„Gewinne privatisieren, Risiken sozialisieren“ lehnen wir ab.

340 Entbürokratisierung ist ein Ziel grüner Wirtschaftspolitik. Dabei geht
es uns nicht um Deregulierung sondern um eine bessere Regulierung.
Wir wollen Bürokratie vermeiden und unnötige Bürokratie abbauen –
ohne denen zu folgen, die in jeder Regelung, die ihnen nicht passt,
Bürokratie erkennen. Schweden und Finnland machen es vor: Dort
345 gibt es nach Angaben der Europäischen Kommission trotz hoher
Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards die niedrigsten
Bürokratiekosten in Europa.

Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf einen Mix von Angebots- und
350 Nachfragepolitik. Dazu gehört, nach dem starken Rückgang der
letzten Jahre wieder mehr Spielraum für öffentliche Investitionen zu
schaffen. Investitionen in Umweltschutz und ökologische
Modernisierung, moderne Infrastruktur und Bildung sind für uns ein
Beitrag zur Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit, den es
355 auch bei der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte
zu beachten gilt.

6. Demokratie macht vor dem Markt nicht halt

360 Grüne Marktwirtschaft unterliegt dem Primat der Politik.

Demokratisch legitimiert, kann und muss sie den Einzelinteressen der Marktakteure die Belange des Gemeinwohls gegenüberstellen. Dem neoliberalen Trugschluss, es sei ein Gewinn an Freiheit, an die Stelle demokratischer Gesetze das Diktat der Marktzwänge zu setzen, folgen wir nicht.

Die dominierende Stellung großer Konzerne ist eine Gefahr für den Wettbewerb und eine Herausforderung für die demokratische Kontrolle der Unternehmensmacht. Deshalb müssen in der Europäischen Union Verfahren zur Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen geschaffen werden, wie sie die *Antitrust*-Gesetzgebung der Vereinigten Staaten schon kennt.

Korruptionsskandale wie die bei Siemens und VW strafen die Mär vom fairen Wettbewerb Lügen. Dass korrupte Firmen nicht auch noch von öffentlichen Aufträgen profitieren, möchte grüne Wirtschaftspolitik durch ein bundesweites Korruptionsregister sicherstellen. Außerdem wollen wir den bestimmenden Einfluss von Wirtschafts- und Lobbyinteressen auf die Politik zurückdrängen. Dazu bedarf es einer strengeren öffentlichen Kontrolle der Arbeit der Lobbyisten und einer Begrenzung der Zuwendungen von Unternehmen an Parteien und Politiker.

Grüne Marktwirtschaft will Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Mitentscheidern machen. Deshalb treten wir für eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte ebenso ein wie für selbstverwaltete und genossenschaftlich organisierte Betriebe. In den Aufsichtsräten großer Unternehmen wollen wir auch Umwelt- und Verbraucherverbänden Sitz und Stimme geben. Die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Person wollen wir auf maximal 5 begrenzen und den direkten Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat eines Unternehmens verbieten.

Menschenrechte und Gleichberechtigung gelten universell. Sie beanspruchen auch gegenüber Marktgesetzen und Privatautonomie Gültigkeit. Ein umfassender Diskriminierungsschutz ist für uns

deshalb ebenso selbstverständlich wie der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Deutschland weist mit die höchsten Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in der EU auf. Der Anteil von Frauen am Niedriglohnsektor liegt bei 70 %. Hier sind Staat und Tarifparteien gefordert. Wir wollen, dass Entgeltgleichheit künftig nicht mehr nur individuell gerichtlich durchgesetzt werden kann, sondern auch auf dem Wege der Verbandsklage. In den Vorständen der Dax-30-Unternehmen findet sich keine einzige Frau. Da die Unternehmen keine Erfolge bei der Gleichstellung der Geschlechter nachweisen können, bedarf es auch hier verbindlicher Regelungen. Dazu gehört ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen, die sich für Gleichstellung engagieren, und eine Quotierung der Aufsichtsräte nach norwegischem Vorbild.

7. Verbraucher sind die halbe Wirtschaft

Die dominierende Marktstellung der vier großen deutschen Energieversorger garantiert ihnen Milliardenprofite zulasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Ungerechtfertigten Preiserhöhungen sind Strom- und Gaskunden oft wehrlos ausgeliefert. Dem wollen wir durch die eigentumsrechtliche Trennung von Stromnetzen und Stromerzeugung mehr Wettbewerb entgegen setzen. Grüne Wirtschaftspolitik stärkt die VerbraucherInnen und ihre Verbände, indem sie ihnen effektive Mittel zur Durchsetzung von Verbraucherinteressen an die Hand gibt. Dazu zählen kollektive Klagerechte und wirksame Verfahren zur Abschöpfung unrechtmäßiger Unternehmensgewinne.

Grüne Wirtschaftspolitik stellt die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern in den Mittelpunkt. Sie begreift Verbraucherpolitik als wichtige Säule der Wirtschaftspolitik - Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite her. Nachhaltiger Konsum ist nur möglich, wenn die Auswirkungen von Kaufentscheidungen auf Mensch und Umwelt erkennbar sind. Verbraucherinnen und

Verbraucher haben Anspruch zu erfahren, was in den Produkten, die ihnen angeboten werden, drin ist und wie sie hergestellt werden.
435 Behörden und Unternehmen dürfen sich diesem Informationsverlangen nicht durch vorschnelle Berufung auf vermeintliche Amts- und Geschäftsgeheimnisse entziehen. Das muss ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz festlegen.

440 Beim Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Übervorteilung und gesundheitlichen Gefahren handelt grüne Politik nach dem Vorsorgeprinzip. Besteht der begründete Verdacht auf eine Schädigung von Verbraucherinteressen, wartet sie nicht untätig zu,
445 Erzeugnisse mit ungeklärtem Risikopotential wie gentechnisch veränderte Lebensmittel oder bestimmte Nanoprodukte.

Nachhaltigkeit und sozialer Fortschritt, Verbraucherschutz und Gerechtigkeit sind die Ziele grüner Wirtschaftspolitik. Um sie zu
450 erreichen brauchen wir vom Wettbewerb bis zum Ordnungsrecht einen Mix von Instrumenten. Grüne Wirtschaftspolitik braucht einen nüchternen und realistischen Blick auf die Chancen und Grenzen marktförmiger Prozesse. Mehr aus dem Markt zu machen – dieser politischen Gestaltungsaufgabe wollen wir uns stellen.